

# Okt 89: Die Mutigen wagen sich vor

## Sozialdemokraten in der DDR:

# „Das Anknüpfen an die deutsche sozialdemokratische Tradition“

Programmatisher Vortrag von Markus Meckel  
anlässlich der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR  
am 7. Oktober 1989 in Schwante (Kreis Oranienburg)

### Die gegenwärtige Herausforderung zur Parteigründung

Vorausgesetzt, wir einigen uns, so gründen wir heute die Sozialdemokratische Partei in der DDR.

Wir wollen damit ein Hoffnungszeichen setzen, in der Unruhe und Spannung dieser Tage und Wochen. Es soll ein Zeichen sein des beginnenden Endes einer endmündigenden Herrschaft und des notwendigen Anfangs einer wirklich demokratischen deutschen Republik. Wir tun dies an dem Tag, an dem die DDR 40 Jahre alt wird. Doch sehen wir keinen Grund zum feiern. Die Situation in unserem Land ist bedrohlicher denn je. Die Politik der SED hat das Land in eine schwere Krise geführt, eine Krise, die offenbart, was in diesem Land seit Jahrzehnten geschieht. Diese Politik plündert das Land aus und verschleudert seine Ressourcen. Wir leben von der Substanz und durch ständige Hypotheken auf die Zukunft. Täglich verlassen viele zumeist junge Menschen die DDR.

Natur und Umwelt werden durch unverantwortliche Politik und schlechtes Wirtschaften in großem Ausmaß zerstört. Wir werden zum Müllplatz des Westens. Schweinefleisch geht billig in den Westen – Gülleessen bleiben zurück (Quaschwitz, Bez. Gera). Alles, wofür Devisen zu bekommen sind, wird verkauft, selbst kulturelles Erbe.

Alle Städte verfallen und werden abgerissen. Es muß noch untersucht werden, wie viele denkmalgeschützte Gebäude und Anlagen im Krieg zerstört wurden und was danach verlief.

Wer etwas gegen all dies tun will erfährt: Du bist nicht zuständig! Das geht dich nichts an. Wenn sie oder er dann den Verantwortlichen sucht: Es gibt ihn scheinbar nicht. Eine organisierte und scheinbar anonyme Verantwortungslosigkeit prägt das System.

Ein 40jähriger absoluter Wahrheits- und Machtanspruch der SED hat die Menschen ihrer Zuständigkeit für die eigene Wirklichkeit beraubt. Die jahrzehntelange Bevormundung und Ent-

mündigung dieses Landes eine Identität als DDR-Bürger entwickelt haben. Die Menschen verloren weitgehend die politische Dimension als ein Teil ihres Lebens und wurden so eines Teiles ihrer selbst beraubt. Sie erfuhren sich nicht als Herren im eigenen Haus, sondern als Untertanen, als Befehls- und Weisungsempfänger. Normale soziale Rechte wie z. B. eine angemessene Berufsausbildung und das Erhalten einer Wohnung oder die den Fähigkeiten angemessene Stellung und Verantwortung in Beruf und Gesellschaft – all das wurde unter der Hand zu einem Privileg, das zu verlieren man Angst hatte.

Dieses System der Angst war ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft. Und wirklich vorbei ist es noch nicht.

Die SED betrachtet bis heute Staat und Gesellschaft als ihren Besitz, den sie möglichst umfassend gestalten und formen will. Neben der Entmündigung der Bürger führt dies auch zu einem riesigen bürokratischen Apparat mit seinen Sicherheitskräften und zu der bekannten Unflexibilität in Gesellschaft und Wirtschaft. In den Ländern Osteuropas ist in den letzten Jahren vieles in Bewegung gekommen. Das hat auch in unserem Land Hoffnung geweckt, doch ist diese Hoffnung in den letzten Monaten bei vielen einer großen Enttäuschung und Perspektivlosigkeit gewichen, weil die SED keinerlei Bereitschaft zu wirklichen Reformen gezeigt hat. – Diese Politik der SED verhindert zunehmend selbst, was ihr erklärtes Ziel ist. Durch eine 40jährige Geschichte hat sie den Begriff des Sozialismus so sehr diskreditiert, daß er gegenüber vielen DDR-Bürgern kaum noch benutzbar ist als Beschreibung eigener Zielbestimmung. Dabei wollen wir genau das, was in der Vision des Sozialismus ausgesprochen ist: ein gerechtes und soziales Gemeinwesen.

Die Chancen des Aufbaus eines solchen Gemeinwesens in einer nichtkapitalistischen DDR schwinden jedoch bei längerer SED-Herrschaft immer mehr.

Deshalb wollen wir nicht warten, sondern tun, was wir selbst tun können.

und Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft in der DDR.

Auch wir wollen einen Staat in antifaschistischer Tradition, wie er vor 40 Jahren proklamiert wurde. Doch wollen wir es grundsätzlich. Wir sind Gegner jedes Totalitarismus – also auch des Stalinismus.

So ist gerade im Anknüpfen an die antifaschistische Tradition eine radikale Veränderung nicht nur gegenwärtiger Politik notwendig, sondern des Systems im Ganzen.

Was können wir für diese Veränderung tun?

Zuallererst müssen wir es neu lernen, uns selbst als politische Wesen zu verstehen, die Verantwortung für ihre Wirklichkeit tragen.

Das bedeutet, daß wir selbst sagen müssen, was wir wollen, welche Politik wir wollen und wie wir uns die Gestalt dieses Landes vorstellen.

Notwendig ist die Erarbeitung einer politischen Alternative für dieses Land. Dazu bedarf es der klaren unverstellten Sicht auf das, was ist. Und dann ist es wichtig, darüber in einen öffentlichen Diskurs zu treten mit allen, die ebenfalls an der Zukunft dieses Landes interessiert sind.

Wir als ein verschwindend kleiner Teil dieser Gesellschaft können uns nicht anmaßen, dieses notwendige gesellschaftliche Gespräch organisieren zu können. Doch wir können es herausfordern und haben es faktisch schon am 28. August getan, als wir die Initiative zu dieser Partei zum ersten Mal vorstellten. Wir fordern dieses Gespräch heraus und beteiligen uns an ihm auf allen möglichen Ebenen und in der Mitarbeit auf den verschiedenen Foren und Gesprächsebenen, die sich in den letzten Wochen gebildet haben. Dort müssen wir dann jeweils versuchen, das, was wir wollen, möglichst klar zu sagen, zur Diskussion zu stellen und in dieser zu bewähren. Für diese von uns anvisierte politische Perspektive suchen wir Verbündete und Mitstreiter. Als Partei werden wir versuchen müssen, diese politische Perspektive miteinander möglichst klar und überzeugend auszuarbeiten und im gesellschaftlichen Gespräch wird sich zeigen, ob sie bei der Bevölkerung so überzeugend ist, daß sie mit der



Der erste Blick nach vorne

# Ein Wendepunkt in der Wende

## Mit *Fantasie* gegen Stasi und Nazi

**Aktionskundgebung:  
15. Januar um 17 Uhr**

Das Neue Forum Berlin ruft für den 15. Januar 1990 um 17.00 Uhr zur  
Aktionskundgebung vor dem Stasi-Gebäude Ruschestraße auf.

Wir fordern:

- Sofortige Schließung aller Stasi-Einrichtungen
- Hausverbot für alle Stasi-Mitarbeiter
- Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen das MfS
- Offenlegung der Befehlsstrukturen zwischen SED und Stasi
- Stasi in die Volkswirtschaft
- Keine Sonderzahlungen und Privilegien für ehemalige  
Stasi-Mitarbeiter
- Keine Bildung von neuen Geheimdiensten

Schreibt Eure Forderungen an die Mauern der Normannenstraße!  
Bringt Farbe und Spraydosen mit!  
Wir schließen die Tore der Stasi!  
Bringt Kalk und Mauersteine mit!

**Mit *Fantasie* und ohne Gewalt**

- Im Wendejahr 1989 hatte das „Schild und Schwert der Partei“, die Stasi Mielkes, 90.000 hauptamtliche Mitarbeiter und über 180.000 informelle Mitarbeiter (IM). Sie beobachteten ihr Volk, verfolgten politische Gegner im In- und Ausland.
- Während der Revolution besetzten Demonstranten im Januar 1990 das Ministerium für Staatssicherheit und Dienststellen im ganzen Land. Damit nahmen sie der SED das wichtigste Machtinstrument.

# Von der Einheit der Nation

## ERKLÄRUNG DER SDP ZUR DEUTSCHEN FRAGE

Die Sozialdemokraten in der DDR bekennen sich zur Einheit der Deutschen Nation.

Diese Einheit muß von den beiden deutschen Staaten gestaltet werden.

Dafür eröffnet sich jetzt die Chance, da wir nach 40 Jahren Diktatur die Möglichkeit der Selbstbestimmung erringen. Wir sind dabei, gleichberechtigte Partner bei dieser Gestaltung zu werden. Eine schnelle Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses an die BRD würde genau dies gefährden. Die Bevölkerung dieses Landes hätte unverantwortbare soziale und politische Lasten zu tragen.

Durch die derzeitige Uneffektivität unserer Wirtschaft und Infrastruktur würde ein großer Teil unserer Bevölkerung in die unteren sozialen Schichten der Wohlstandsgesellschaft absinken. Kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Rentner, Behinderte und Kranke hätten nicht absehbare Folgen zu tragen.

Die Gestaltung der deutschen Einheit ist nicht allein unsere Sache. Sie muß so geschehen, daß der Aufbau einer europäischen Friedensordnung nicht gefährdet, sondern gefördert wird.

Wir dürfen die Interessen unserer osteuropäischen Nachbarn nicht übergehen, die wie wir den Weg der Selbstbestimmung beschreiten. Sie sollen der endgültigen Anerkennung ihrer Grenzen und unserer Solidarität gewiß sein.

Wir wollen mit der Bundesrepublik Deutschland auf die ehemaligen Siegermächte zugehen, um einen Friedensvertrag auszuhandeln, der uns volle Souveränität gibt.

Wir denken, daß eine Konföderation der beiden deutschen Staaten eine schon bald mögliche Form ist, die Einheit der deutschen Nation zu gestalten.

Die notwendige wirtschaftliche Sanierung unseres Landes erfordert nicht eine schnelle Angliederung an die Bundesrepublik, wie viele glauben, sondern bedarf schnell der Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung. Diese kann dann – weil sie als legitim anerkannt wird – unsere Interessen bei Verhandlungen über wirtschaftliche Kooperation und Hilfe kraftvoll vertreten.

Deshalb sind baldige Wahlen zur höchsten Volksvertretung dringend erforderlich.

3. Dezember 1989



Erklärung der Delegiertenkonferenz  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
in Berlin am 14. Januar 1990  
zur deutschen Frage

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation.

Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland.

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung der DDR wird die notwendigen Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit in Abstimmung mit der Regierung der Bundesrepublik gehen.

Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen.

Eine sozialdemokratische Regierung wird einen Wirtschafts- und Währungsverbund als vorrangige Aufgabe in Angriff nehmen.

Alle Schritte des deutschen Einigungsprozesses müssen in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß eingeordnet sein.

Denn wir wollen die deutsche Einheit nur mit der Zustimmung aller unserer

Nachbarn. Ihre Grenzen sind für uns unantastbar.

Wir erstreben eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung.

Wir sehen dabei für uns die besondere Verantwortung, den Demokratisierungsprozeß und die wirtschaftliche Erneuerung in Osteuropa zu fördern.

JÜRGEN LUBAN

Fwe. d. 8. 12. 89

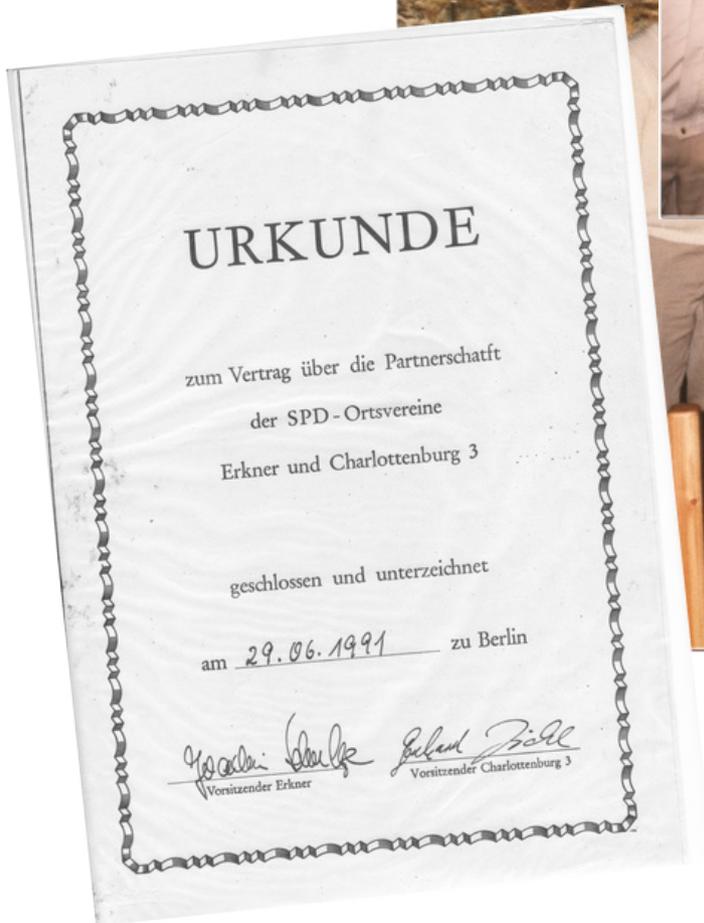
Lieber Klaus Hemmerling!  
Hiermit erlaube ich mir, Sie zum 19. 12. 89 zu (19<sup>30</sup>)  
unserer ersten ordentlichen Gründungsversammlung  
im den Luthersaal an der Domnithische in der  
Geschwister - Scholl - Str. einzuladen. In dieser Zeit  
ist es doch wichtig, daß wir alle ein wenig aktiv  
sind um den vorhandenen Schmutz zu beseitigen.  
Auch sollten wir an die Zukunft denken und an  
die Verantwortung die wir alle tragen. Mit bestem Gruß

J. Luban  
Heinrich-Heine-Straße 42 · 124 Fürstenwalde

# Gründungs- versammlung in Fürstenwalde



# Vom „ersten Kontakt“



NT v. 3.3.90

## Walter Momper spricht am Dienstagabend am Rathaus

Am Dienstag, dem 6. März, um 20.00 Uhr wird mit einer Großveranstaltung der SPD der DDR in Fürstenwalde die letzte Phase des Wahlkampfes eingeleitet. Auf dem Platz am Alten Rathaus wird als Hauptredner der Regierende Bürgermeister von Berlin West Walter Momper erwartet.

steht schon heute in einer Reihe mit Ernst Reuter und Willy Brandt.

Auf dieser Wahlveranstaltung stellt sich auch der Spitzenkandidat der SPD im Bezirk Frankfurt (Oder) vor. Es ist Dr. Konrad Elmer, nominiert vom Kreisverband Fürstenwalde.

Vor gut einem Jahr übernahm er in einer Koalition von SPD und AL dieses Amt. 100 Tage hatten ihm und seiner Koalition seine politischen Gegner als Überlebenschance gegeben. Walter Momper hat sie eines Besseren belehrt. In den turbulenten Tagen und Wochen der Wende in der DDR, die mit der Öffnung der Mauer ihren Höhepunkt erreichte, hat er politische Größe, Augenmaß und Einfühlungsvermögen bewiesen. Sein Name

Um einen geordneten Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten, werden mit Fahrzeugen anreisende Besucher gebeten, die Parkmöglichkeiten außerhalb des Zentrums zu benutzen. In einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit werden Volkspolizei und Veranstalter für einen guten Ablauf sorgen.

SPD-Kreisverband Fürstenwalde

SPD Landkreis Oder Spree

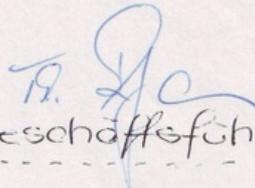
# Gründungsurkunde

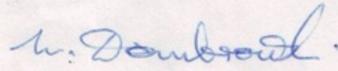
Mit Wirkung vom 11.01.90 konstituierte sich  
der Orts-/Kreis-/Bezirks-  
verband - Storkow/Mark der  
Sozialdemokratischen Partei in der DDR  
- S D P -

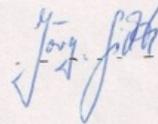
Die Unterzeichner dieser Gründungs-  
urkunde erklären ihr Einverständnis  
mit dem Vorliegendem Entwurf des  
Statutes (§ 1-10).

  
1. Sprecher

  
2. Sprecher

  
Geschäftsführer

  
Schatzmeister



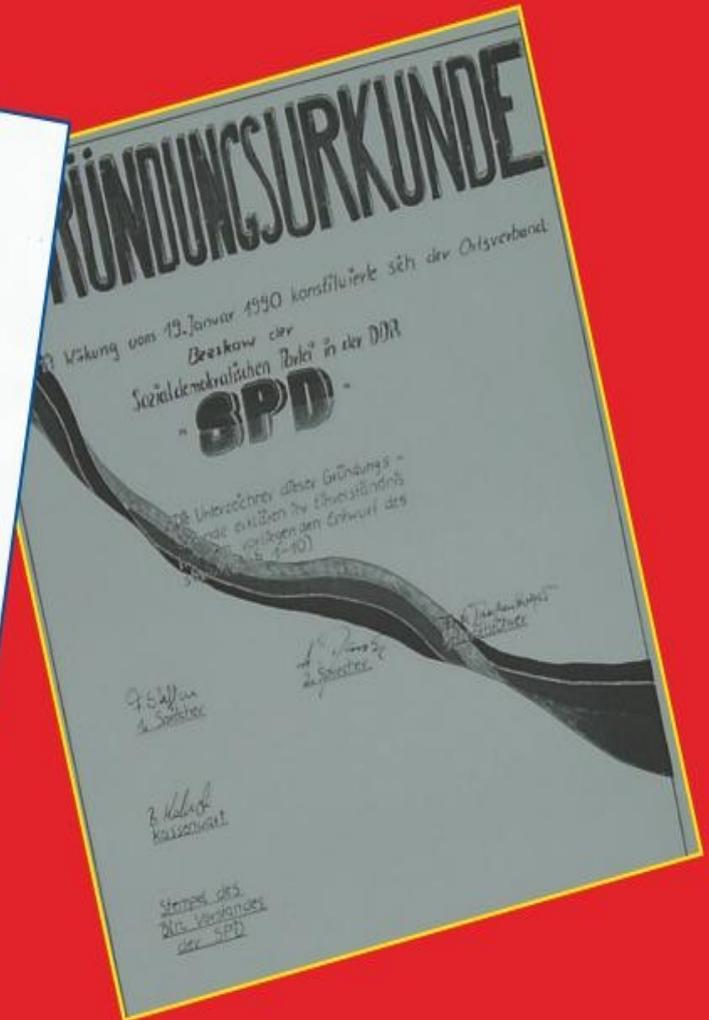
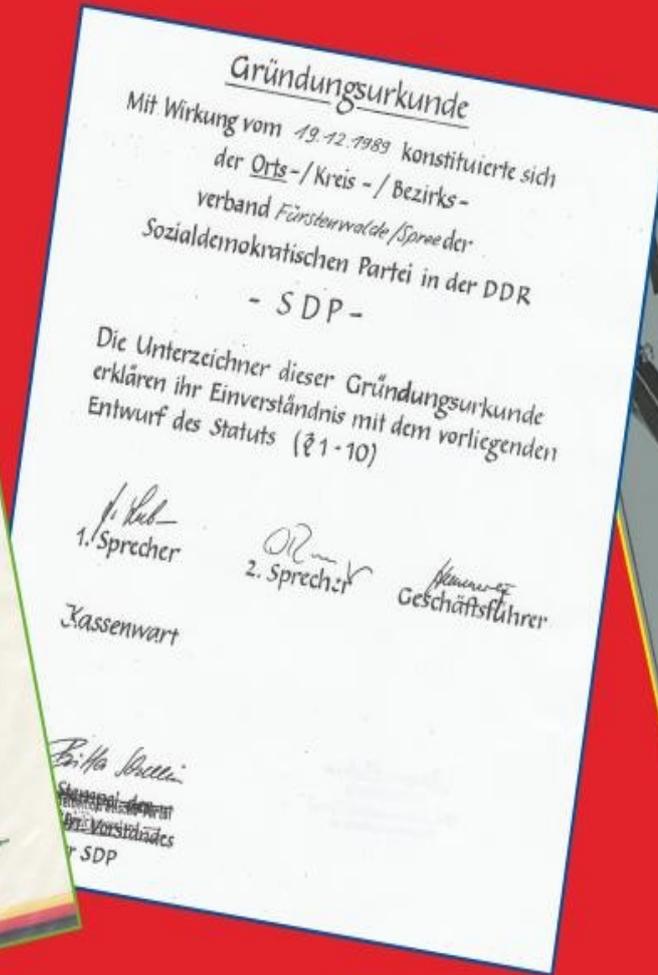
Stempel des  
Bln. Vorstandes  
der SDP  
SDP 1040 Bln  
Geschäftsstelle  
Tieckstr.17

Die

Idee

lebt

# Sie ist nicht aufzuhalten



# Die ersten Frei-Räume

Rat der Stadt  
124 Fürstengrund (Prosa)  
Dienststelle  
Abt. sozialistische Wohnungswirtschaft

Füya den 09.02.90

Gewerberaum

**Wohnraumzuweisung** **Q** 803801

(für den Mieter) 16.2.90

Herrn/Frau/Fräulein SPD Name/Vorname

jetzige Tätigkeit Fam.-Stärke  
Erwachs. Kinder u. 14 J.

bisher wohnhaft Ort/Straße/Nr.

wird die im Grundstück Dr. W. Nütz-Str. 56 Erd- li. Vordergeb.  
Straßen-Nr. Ober- Geschoß mi. Hintergeb.  
re. Seitengeb.

erfaßte – gemeldete Wohnung – Wohnräume (bisheriger Mieter DRU) bestehend aus

2 Zimmer(n) von m<sup>2</sup> Küche(n) von m<sup>2</sup> u. Sammelraum Mitbenutzung von Küche, Bad, Speisekammer, Balkon, Innen-/

Außenklosett, Abort, Keller, Schlaf-/Abstellkammer, Boden, Schuppen, Stallung, Garage leer/möbl. zugewiesen.

Vermieter BE3 G10 Name/Vorname/Straße/Nr.

Rat der Stadt  
124 Fürstengrund (Prosa)  
Abt. sozialistische Wohnungswirtschaft  
Unterschrift T. Pöschel

8720 4358 15,2 BI 3x25 (10159) VV Spremberg Ag 310/77/DDR III/4/14 Bitte Hinweise auf der Rückseite beachten!

# Eine Partei erhält ein Gesicht



## SPD HELMUT KÖHLER

Ihr Kandidat für den Landtag  
Brandenburg im Wahlkreis 27



„Wir werden alle in den  
nächsten Jahren  
Rat und Hilfe brauchen.  
Ich bin optimistisch.  
Ich werde für Sie da sein.“

Geb. 1928 in Kemberg (Sachsen-Anhalt)  
Abitur - Maurer - Dipl.-Ing., verheiratet, seit 1957 in Erkner wohnend.  
Statiker - Konstrukteur - Bereichsleiter bei Industrieprojektierung Berlin.  
Bis Mai 1990 parteilos, dann SPD.  
Mitglied im Bauausschuß Erkner.

**Schwerpunkte für den Landtag:**  
**Regional- und Dorfplanung**  
**Umweltschutz**  
**Zusammenarbeit der Kommunen**

Wahlkreis 27: Braunsdorf, Erkner, Hartmannsdorf, Gosen, Grünheide,  
Hangelsberg, Jänickendorf, Kagel, Kienbaum, Kolpin, Markgrafpieske, Rauen,  
Mönchwinkel, Neu Zittau, Reichenwalde, Spreeau, Rüdersdorf, Schöneiche,  
Sprenghagen, Wernsdorf und Woltersdorf

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

# Eine Partei erhält ein Gesicht



## SPD

### HELMUT KÖHLER

Ihr Kandidat für den Landtag  
Brandenburg im Wahlkreis 27



„Wir werden alle in den  
nächsten Jahren  
Rat und Hilfe brauchen.  
Ich bin optimistisch.  
Ich werde für Sie da sein.“

Geb. 1928 in Kemberg (Sachsen-Anhalt)  
Abitur - Maurer - Dipl.-Ing., verheiratet, seit 1957 in Erkner wohnend.  
Statiker - Konstrukteur - Bereichsleiter bei Industrieprojektierung Berlin.  
Bis Mai 1990 parteilos, dann SPD.  
Mitglied im Bauausschuß Erkner.

**Schwerpunkte für den Landtag:**

**Regional- und Dorfplanung**

**Umweltschutz**

**Zusammenarbeit der Kommunen**

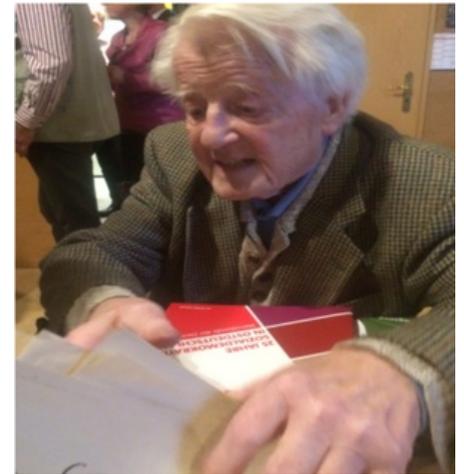
Wahlkreis 27: Braunsdorf, Erkner, Hartmannsdorf, Gosen, Grünheide,  
Hangelsberg, Jänickendorf, Kagel, Kienbaum, Kolpin, Markgrafpieske, Rauen,  
Mönchwinkel, Neu Zittau, Reichenwalde, Spreeau, Rüdersdorf, Schöneiche,  
Spreehagen, Wernsdorf und Woltersdorf

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

**Politik  
mit Herz  
und  
Verstand**

**SPD**

***Die Sozialdemokraten***



Gestalter der  
ersten Stunde:  
Hubert Kleemann

# Aus dem Stand: Die Wahlen von 1990

Wir rufen mit Momper:

Freiheit  
Gleichheit  
Schwesterlichkeit

Am 6. Mai

**SPD**  
Die Sozialdemokrat

Gegen Privilegien  
und den Filz der  
SED-PDS

Am 6. Mai für uns

**SPD**  
Die Sozialdemokra

**Wir  
schaffen es**

jemehr wir sind  
um so eher!

**SPD**  
Die Sozialdemokraten

**Mit uns**

für Demokratie  
Freiheit und  
Menschenrechte

Am 6. Mai

**SPD**  
Die Sozialdemokraten



Michel  
steh auf!  
wähl **SPD**  
Die Sozialdemokraten



Laßt den  
alten Mief raus  
Wählt

**SPD**  
Sozialdemokraten



# SPD

Die Sozialdemokraten

die Alternative in der DDR

*Alles spricht für uns ...!*

Vierzig Jahre SED-Sozialismus der alten Parteien sind genug!

Wir wollen für Männer und Frauen

- eine gerechte, soziale Demokratie,
- die Einheit unserer deutschen Nation,
- eine erfolgreiche, soziale Marktwirtschaft!

Wir sind gegen:

- Faschismus und Stalinismus,
- Mißwirtschaft, Bürokratismus und Korruption,
- jede Verletzung der Menschenwürde, der Glaubens- und Redefreiheit

Wir sind für

- die Hilfe gegenüber den Schwachen, den Alten, den Kranken und den Kindern,
- den Schutz der natürlichen Umwelt
- eine echte Mitbestimmung in den Betrieben!

Helfen Sie uns, bevor es zu spät ist!

Wir brauchen weitere Mitglieder; aber wir brauchen auch »Freunde der SPD«, die uns mit Spenden oder anderweitig unterstützen!

Veränderung jetzt

Veränderung jetzt

Veränderung jetzt

*Wir kommen durch, wenn Sie es wollen!*

DIE ZUKUNFT IN ERKNER GESTALTEN

# SPD

Die Sozialdemokraten

VERANSTALTUNG ZUR  
KOMMUNALWAHL '90

MIT DEN KANDIDATEN DER SPD  
FÜR DAS ORTSPARLAMENT  
SIE FRAGEN - WIR ANTWORTEN

4. MAI 19 Uhr

MEHRZWECKGEBÄUDE  
SPREESTRASSE

# Wahlkampf der ersten Stunde

# SPD

die Sozialdemokraten

- Einheit der deutschen Nation
- Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie
- Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft

**Nach der freien Wahl: Keine Koalition mit der SED-PDS!**

# dz

die zeitung

Information der SPD  
Frankfurt/Oder März 1990

Noch nie war eine Wahl so wichtig

Wer jetzt nicht wählt ist selber schuld!

18. März

Großes Preisausschreiben  
Gewinnen Sie mit der SPD  
Ein Wochenende an Rhein und Mosel Seite 8

### Willy Brandt kommt nach Frankfurt/O.

Frankfurt/O. Willy Brandt, Ehrenvorsitzender der SPD der Bundesrepublik und der DDR kommt am Sonntag, 10. März, in den Bezirk Frankfurt. Um 11.30 Uhr spricht er auf einer Kundgebung auf dem Platz der Freundschaft in Eberswalde-Finow. Anschließend fährt Brandt nach Frankfurt, wo er um 18 Uhr aufrückt.

### Neue Zukunft für DDR-Städte

Berlin. Erste Schritte, um den Verfall unserer Städte und Dörfer zu stoppen. Der Ministerrat beschloß schon in diesen Tagen ein neues Preissystem, für Reparaturen und Sanierungen einzuführen. Kostendeckende Preise und individuelle Kalkulationen sollen Renovierungen im Altbaubereich wieder interessant machen.

### Vogel und Rau an der Oder

Schwedt. Der SPD-Vorsitzende der BRD, Hans-Jochen Vogel kommt am Sonntag, 10. März, um 20 Uhr zu einer Wahlkundgebung der nach Schwedt. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau besucht am Freitag, 9. 3., Eisenhüttenstadt, wo er um 19.30 bei einer öffentlichen Kundgebung auftritt.



**Großer Bahnhof für Ibrahim Böhme**

Moskau. „Sehr fair“ fühlte sich der Vorsitzende der SPD in der DDR, Ibrahim Böhme von der politischen Führung in Moskau behandelt. Böhme war kurzfristig zu einer Visite in die sowjetische Hauptstadt gereist. Hauptgesprächspunkte bei den Begegnungen mit Außenminister Schewardnadse, dem Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK, Falin, und dem für Internationales zuständiges Politbüromitglied Alexander Jakowlew sowie Gorbaschows Sicherheitsberater Achromjew waren natürlich die weitere Entwicklung des deutsch-deutschen Einigungsprozesses sowie das militärische Gleichgewicht in Mitteleuropa. Minister Walter Romberg (SPD), der Ibrahim Böhme nach Moskau begleitete, sprach sich in Moskau gegen eine Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zur NATO aus.

Die DDR, vier Jahrzehnte das Aschenputtel der europäischen Politik, ist in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt. Die ersten wirklich freien Wahlen auf dem Territorium der DDR seit 38 Jahren werden die Augen der ganzen Welt auf dieses ge-

schundene, heruntergewirtschaftete Land richten. Der 18. März ist ein Schlüsseldatum in der deutschen Geschichte. Er wird zugleich die Wendemarke für das Leben der Menschen zwischen Rügen und dem Elbsandsteingebirge sein.

Wie die Wende nach dem 18. März aussehen wird, ist nicht absehbar. Die DDR wird sich in den nächsten Wochen oder Monaten dem Westen öffnen. Wenn es nach dem Willen des Bonner Kanzlers Kohl geht, dann schließt sich die DDR bedingungslos an die Bundesrepublik an und unterwirft sich allen dortigen Gesetzen und Bestimmungen. Die DDR-Bürger werden den Lebensstil der BRD annehmen müssen mit allen Vor- und Nachteilen. Der Anschluß nach Artikel 23 des Grundgesetzes bedeutet die Selbstaufgabe der DDR in allen Bereichen. Die Cleveren werden schnell oben schwimmen. Die Masse der DDR-Bevölkerung wird jedoch auf Jahre hinaus die Rolle der armen Verwandten in Deutschland spielen müssen.

Der westdeutsche Kanzler hat vollständig Versprechungen gemacht. Bisher hat er nicht eine davon gehalten. Konkrete, gezielte Hilfe für das kaputte Telefonnetz der DDR, für umweltschonende Energieversorgung, für das ausgeblutete Gesundheitswesen – nichts von alledem.

Die SPD leistet heftigen Widerstand gegen eine solche Politik. Einheit sei nicht allein das Zusammenleben in den Grenzen von 1990 auf der Grundlage der politisch parlamentarischen Demokratie und das Zusammenleben in der NATO, sagte Oskar Lafontaine auf dem Leipziger SPD-Parteitag. Einheit sei, wenn wir die Trennung der Gesellschaft in Arbeitslose und Beschäftigte, in Obdachlose und Wohnungsbesitzer, in Sozialhilfeempfänger und Milliardäre überwunden haben. Was haben wir von dem am 18. März zur Wahl anstehen-

**Liebe Wählerinnen und Wähler!**

Ein eingetragenes, aber fast unbekanntes Wort haben die ersten demokratischen Wahlen nach 40 Jahren wieder, ganz und gar ungewohnt, vor dem Willen der SPD zum Nationalkongress in den Campidoglio in Rom am 14. Oktober 1989, und der Wahlen am 18. März 1990, die SPD wieder in den Mittelpunkt der deutschen Politik gestellt.

**Die SPD** schließt sich für die Fortsetzung der Wähler bei den Wahlen, aber wir stellen bei den Wahlen auch die Verantwortung für die Wahlen, die die Wähler haben, daß nur die SPD diese schweren Schritte meistern kann. Nur sie am 18. März ein neues deutsches Parlament zu wählen.

**Diesmal geht es um Deutschland**

Die staatliche Einheit Deutschlands ist erreicht, darüber hinaus aber ein Land, das sich dem Grundgesetz verpflichtet hat. Die Wählerinnen und Wähler müssen sich für die Wahlen entscheiden. Sie werden die Wahlen mit der SPD gewinnen.

**Jetzt muß zusammenwachsen, was zusammen gehört**

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Wahlen einsetzt. Sie ist die einzige Partei, die sich für die Wahlen einsetzt. Sie ist die einzige Partei, die sich für die Wahlen einsetzt.

krei

16

# Erster Flyer: Bundestagswahl 1990

**Strukturwandel braucht tragfähige Konzepte**

Trotz aller Versprechungen halten sich die Unternehmen auffallend mit Investitionen zurück. Die Bundesregierung macht gravierende Fehler in Ihrer Wirtschafts- und Industriepolitik. Am schwerwiegendsten ist, daß CDU und FDP den Grund und Boden wieder an die alten Eigentümer zurückgeben will, statt sie zu entschädigen. Die Investoren kommen nicht, und viele Menschen müssen Angst um ihren Besitz haben. Zweitens hätte die Bundesregierung seit Monaten den Ausbau der Infrastruktur forcieren müssen, um die Rahmenbedingungen für Investoren zu verbessern, und drittens fehlt ein tragfähiges industriepolitisches Konzept.



**Sie haben 2 Stimmen**

**SPD**  
Sozialdemokratische  
Partei Deutschlands

Geben Sie beide Stimmen  
für eine starke SPD



**Liebe Wählerinnen und Wähler!**

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Wir haben die erste demokratische Regierung nach 40 Jahren gewählt, unser Geld ist umgetauscht und gegen den Willen der SPD zum Teil abgewertet worden. In den Gemeinden haben wir neue Gemeindevertreter bestimmt, und wir haben uns mit den Wahlen am 14. Oktober neue Länderstrukturen geschaffen.

**Die SPD** möchte sich für das Vertrauen der Wähler bei allen Wahlen, aber vor allem bei der Landtagswahl bedanken. Die Brandenburger haben bewiesen, daß sie begriffen haben, daß nur die SPD diese schwierige Situation meistern kann. Nun gilt es, am 2. Dezember ein neues Deutsches Parlament zu wählen.

**Diesmal geht es um Deutschland**

Die staatliche Einheit Deutschlands ist erreicht. Darüber freuen wir uns. Und auch das ist ein Grund zur Freude: Die Entspannungspolitik Willi Brandts und der SPD hat Früchte getragen. Sie war der richtige Weg zu einem vereinten Deutschland.

**Jetzt muß zusammenwachsen, was zusammen gehört**

**Ihre SPD**  
Erkner, Wernsdorf, Gosen  
und Neuzittau



**Es ist besser Arbeit zu schaffen,** als Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und an der Küste bei der Bewältigung der Strukturkrisen in der Kohle- und Stahlindustrie sowie im Schiffbau gezeigt, wie man das macht. Wir haben ein Programm des wirtschaftlichen Aufbaus, das dort greift, wo der Markt aufgrund der besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern nicht ausreicht. Wir kümmern uns um die Menschen. Statt unfreiwilliges Nichtstun zu bezahlen in Form von Null-Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, ist es besser, Arbeit zu organisieren und zu bezahlen, z. B. durch Infrastrukturprogramme und Beschäftigungsgesellschaften. Bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist die Bundesregierung einfallslos und ohne brauchbare Ideen.

**Null-Kurzarbeit für 33 500 DM**

Da ist es nicht verwunderlich, daß die Berufung von fünf ehemaligen Mitgliedern der CDU-geführten de-Maiziere-Regierung als Minister ohne Geschäftsbereich für böses Blut sorgt. Es ist ja auch ein Skandal, daß Null-Kurzarbeit auf Ministerebene mit monatlich 33 500 DM honoriert wird, während die meisten Menschen in den neuen Bundesländern mit Löhnen weit unter 2 000 DM auskommen müssen, die meisten Rentner sogar nur mit 495 DM.

**Sozialdemokraten sind die Anwälte der kleinen Leute.**

Es kommt nicht von ungefähr, daß die Wählerinnen und Wähler in den zurückliegenden Jahren der SPD immer dann die Regierungsverantwortung übertragen haben, wenn es schwierig wurde. Sie wissen, daß die SPD dafür steht, wirtschaftlich notwendige Schritte nicht auf ihrem Rücken auszutragen, sondern die Kastanien für sie aus dem Feuer zu holen.



# Da wächst was zusammen

## Die Punkte, auf die es der SPD ankommt

### Arbeitsplätze

Wir fordern von der Bundesregierung endlich ein Strukturprogramm für die neuen fünf Bundesländer. Gefordert ist aber auch und gerade die Wirtschaft. Sie muß die neuen Bundesländer endlich auch als Investitionsstandort und nicht nur als Verkaufsfläche begreifen.

Wir wollen Berlin als Regierungssitz und Hauptstadt im vereinten Deutschland

### Wohnung und Mieten

Sozialdemokraten stehen immer an der Seite der Mieter. Wir treten weiterhin für wirksamen Kündigungsschutz, Mietpreisbindung und verstärkten Ausbau des sozialen Wohnungsbaus ein. Der teilweise katastrophale bauliche Zustand in unserer Region muß mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm unter Berücksichtigung der Mieterinteressen auf einen angemessenen Standard gebracht werden.

### Umwelt

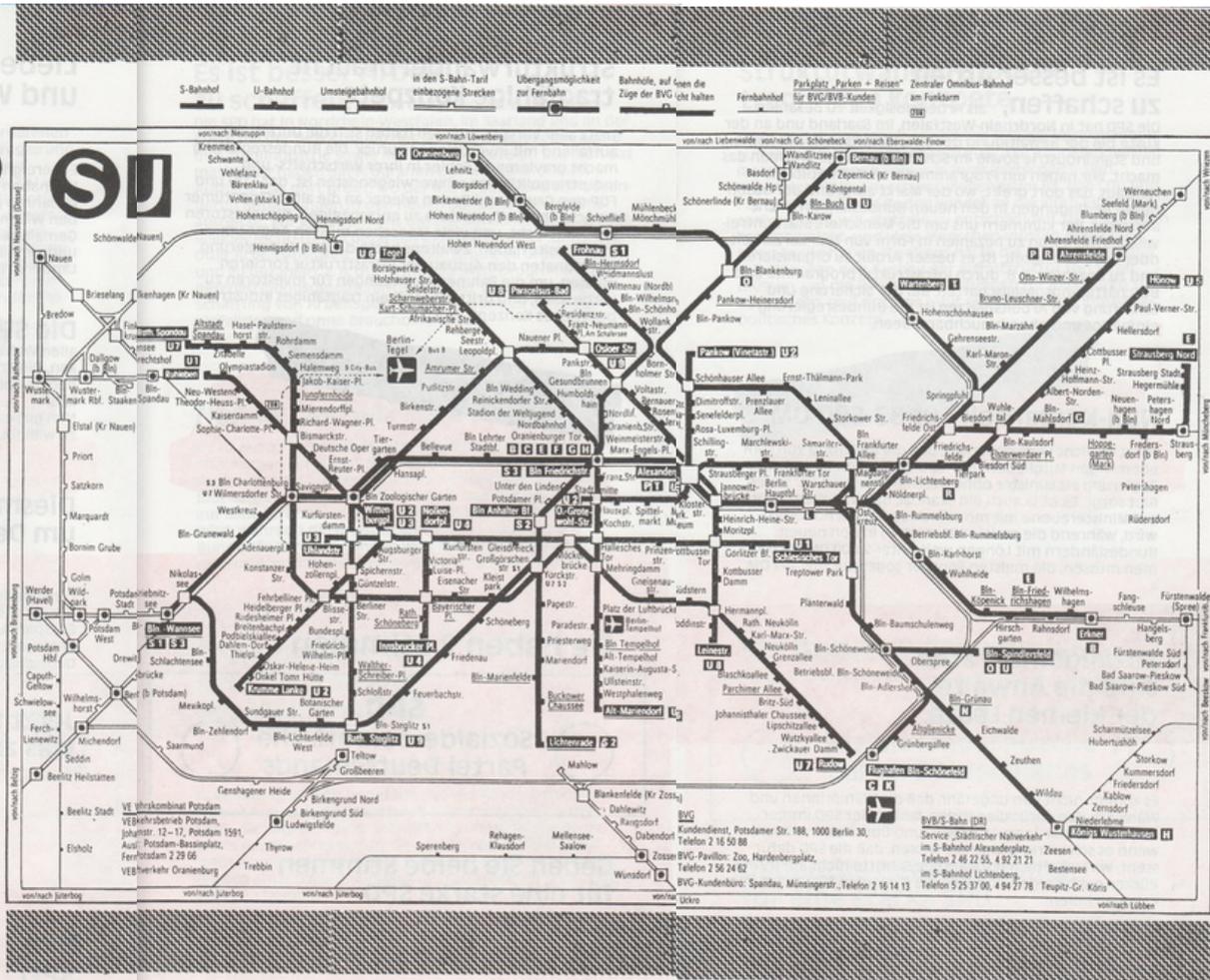
Alle Aufbaumaßnahmen müssen unter Schonung unserer Umwelt geleistet werden. Wir wollen beweisen, daß gerade im ökologischen Umbau unserer Standorte die Chance für die Zukunft liegt.

### Energie

Wir wollen mit unserer Energiepolitik einen rationellen Energieverbrauch durchsetzen. Dazu müssen die Energieunternehmen zusammengeführt werden und in kommunalem Eigentum verbleiben. Die Pläne zur Privatisierung der Energieversorgung lehnen wir aus Kostengründen ab.

### Verkehr

Nur durch den Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs kann der Verkehrskollaps vermieden werden. Ökologische Verkehrspolitik und die Erneuerung unserer Dörfer und Städte müssen Hand in Hand gehen. Die Verbesserung des Wohnumfeldes durch Verkehrsberuhigung in den Wohnbereichen ist erforderlich. Deshalb fordern wir Lärmschutz an den Verkehrsmitteln und den Verkehrswegen.



## Jetzt muß gehandelt werden!



# Kreistag 1990

**Dr. Gerhard  
Ziebarth**



**SPD-Kandidat  
für den Kreistag**

## Energie und Rohstoffe

Rohstoffe und Energiequellen stehen der Menschheit nur begrenzt zur Verfügung. Um den legitimen Anspruch aller Völker und der nachfolgenden Generationen auf einen gerechten Anteil an den Ressourcen und Energien Raum zu geben, müssen wir in Zukunft möglichst sparsam mit Rohstoffen und Energie umgehen. Die Schonung unserer Ressourcen erfordert Maßnahmen wie:

- Einsparung von Energie und Rohstoffen beim Endverbrauch und in der Herstellung
- Herstellung kostendeckender Energiepreise
- Entwicklung und Einsatz modernster Produktionstechnologien, rationelle Energieverwendung in der Wirtschaft und bei der Gewinnung, Umwandlung und Verteilung der Energie selbst
- Subventionsabbau beim Energiebezug der Bevölkerung verbunden mit Ausgleichszahlung für sozial Schwächere
- finanzielle Förderung wärmedämmender Baumaßnahmen
- Erschließung und Nutzung alternative Energiequellen (Wasserkraft, Wind, Sonne, Biogas) und Begünstigung dezentraler, lokaler Energiegewinnung
- Integration der DDR-Energieversorgung in den europäischen Energieverbund
- Schaffung der Möglichkeit verstärkter Energieimporte (Erdgas, Erdöl, Steinkohle)
- entscheidende Reduzierung der Braunkohleenergiewirtschaft und Einsatz der Braunkohle unter umweltvorrüglichen Bedingungen
- längerfristige Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft insoweit Entsorgung und Sicherheit des Einsatzes von Kernenergie nicht gewährleistet werden können

**Hoffnungsträger  
Sozialdemokratie**

**S**ozialdemokratische **P**artei  
**D**eutschlands

Bürgerinnen und Bürger!

wenn Sie wollen, daß in Ihrem Land

- Demokratie
- Menschenrechte
- Gleichstellung von Mann und Frau
- soziale Sicherheit
- Freiheit für Unternehmungsgeist
- eine gesunde Umwelt

garantiert werden, dann wählen Sie

**SPD**



# Zeit der Stammtische

**Kalender der öffentlichen Termine für UB Oder-Spree**  
Stand: 13.10.2003

13.10.03	17:00 Uhr	Infostand „Sonne“ Wahlkreis 1 in Eisenhüttenstadt Rundgang mit anschließender Kandidatenvorstellung Teilnehmer: Wachsmann, Strese, Böhme, Vogeler, Neutzsch und Kreistagskandidaten
13.10.03	19:00 – 21:00 Uhr	Ministerpräsident Matthias Platzeck in Grünheide, Marktplatz mit dem Bürgermeisterkandidaten Arne Christiani und der Spitzenkandidatin für den Kreistag Lieselotte Fitzke Vorstellung der Kandidaten für Schöneiche, Schlosskirche Stammtisch Erkner, Gaststätte „Zur Alten Dampflo“, Bahnhof
14.10.03	10:00 Uhr	Stammtisch Erkner, Gaststätte „Zur Alten Dampflo“, Bahnhof mit den Spitzenkandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Jörg Vogelsänger und Joachim Schulze
15.10.03	19:30 Uhr	Info-Stand „Kameltränke“, Wahlkreis 2 in Eisenhüttenstadt Teilnehmer: Balzer, Ramthun, Conrad, Kapeller, Stettinisch und den Kreistagskandidaten
17.10.03	14:30 Uhr	Grülnachmittag in Kagel, Marktplatz Arne Christiani und der mit dem Bürgermeisterkandidaten Olaf Klempert und dem Spitzenkandidatin für den Kreistag Lieselotte Fitzke
17.10.03	16:00 Uhr	„Chancen und Zukunft der Jugend in Fürstenwalde“ mit den Kreistagskandidaten Elisabeth Alter und Günter Lahayn und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Gunter Fritsch im Club am Park, Fürstenwalde
17.10.03	19:00 Uhr	Stammtisch in Buckow, Dorfgemeinschaftshaus mit dem Bürgermeisterkandidaten Olaf Klempert und dem Spitzenkandidaten für den Kreistag Jörg Vogelsänger
17.10.03	19:00 Uhr	Infostand für die Gemeindevertretung im Club am Park, Fürstenwalde
18.10.03	9:00 – 12:00 Uhr	Kaffeenachmittag in Kummersdorf, Gasthaus Kleine Schenke mit der Bürgermeisterkandidatin Cornelia Schulze-Ludwig
18.10.03	15:00 Uhr	Frühschoppen im Raufutter-Speicher, Schöneiche mit den Kandidaten aus dem Wohngebiet zur Stadtverordnetenversammlung
19.10.03	10:00 Uhr	Stammtisch mit dem Agramminister Brandenburgs Wolfgang Birthler im Versammlungsraum der Amtsverwaltung Friedland, Lindenstr. 13
19.10.03	10:30 Uhr	Programmdiskussion Technologie-Center oder Werkzentrum in Eisenhüttenstadt
20.10.03	19:00 Uhr	Landesminister Günter Baaske in Storkow, Burg Diskussion mit sozialen Verbänden und Bürgermeisterkandidatin Cornelia Schulze-Ludwig
21.10.03	18:30 Uhr	Wahlkampfabschluss in der Gaststätte Maulbeerbaum, Erkner
21.10.03	19:00 Uhr	Stammtisch mit dem Bürgermeisterkandidaten Arne Christiani mit dem Bürgermeisterkandidaten Arne Christiani
21.10.03	19:30 Uhr	Staatsekretär Körper (Bundesinnenministerium) im Odervorland Besuch der Freiwilligen Feuerwehr Berkenbrück
22.10.03	17:30 Uhr	Vereinslokal der FFW in Jacobsdorf mit Bürgermeisterkandidaten Gerhard Piwetzky auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Jörg Vogelsänger
22.10.03	17:30 Uhr	Infostand in Beeskow, Marktplatz
22.10.03	19:00 Uhr	Wahlkampfabschluss Gaststätte „Zur Sonne“ Eisenhüttenstadt
24.10.03	09:00 Uhr	Diskussionsabend in Trebatsch, Gaststätte „Zum Schwielochsee“ mit dem Bürgermeisterkandidaten Manfred Habsch und dem Spitzenkandidaten für den Kreistag Jörg Vogelsänger
24.10.03	19:00 Uhr	Kommunalwahl in Brandenburg
24.10.03	19:00 Uhr	eventuelle Stichwahlen (Bürgermeister)
26.10.03	16.11.03	

**Einladung:**  
**SPD Stammtisch in**  
**Fürstenwalde**  
mit  
**Dr. Mathias Schubert**  
Direktkandidat für den Deutschen Bundestag  
**Prof. Richard Schröder**  
Spitzenkandidat der SPD-Brandenburg für den Bundestag  
**10.10.94, 19.00 Uhr**  
**Haus des Handwerks,**  
**Wriezener Str.61a**  
**"Arbeiten für Brandenburg**  
**im Bundestag."**

**Herzliche Einladung**  
zum  
Verkehrspolitischen Stammtisch  
in  
Frankfurt/Oder - Booßen  
am Mittwoch, 10.07.2002 um 19.00 Uhr  
in der Gaststätte „Grüne Eiche“  
zum Thema:  
„Verkehrspolitische Schwerpunkte in  
Frankfurt/Oder und Umgebung“  
mit Jörg Vogelsänger,  
SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis 63,  
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag  
Brandenburg

**SPD**



Wer wir sind!  
Brandenburg †  
Ein modernes Land



Ein Motto  
aus dem  
Jahre 1990:  
Es gilt  
noch immer!

**Wir  
versprechen  
nur  
was wir halten  
können!**

**SPD**



Michels  
Traum  
und die  
Wirklichkeit



# 25 Jahre SPD in Brandenburg



"Jetzt sind wir  
in einer Situation,  
in der wieder  
zusammenwächst,  
was zusammengehört!"

Aus einem Hörfunkinterview in Berlin, 10. November 1989